

# Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine**  
(Erich Dunder)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 99.

Berlin, Mittwoch, 10. Dezember 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstage. — Betrachtungen zum 3. Deutschen Arbeitertage. — Von der Arbeitsteilung und der Beschäftigung minderwertiger Arbeitskräfte. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Briefkasten.

Wer schnell und zuverlässig über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung und besonders in unserer Organisation unterrichtet sein, wer die sozialpolitischen Ereignisse vom Standpunkt der Deutschen Gewerkvereine beleuchtet haben will, der werde sofort Leser des

### „Gewerkverein“.

Bestellgeld pro Quartal 75 Pf., bei wöchentlich zweimaliger Zustellung durch die Post 93 Pf. Bestellungen nimmt die zuständige Postanstalt und auch der Briefträger entgegen.

## Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstage.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung leidet an dem Mangel, daß ihre Durchführung von der einen Instanz immer der anderen zugeschoben wird. Das zeigte sich hier und da auch bei der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation, in welcher der Reichskanzler nach den Maßnahmen gefragt wurde, die er gegen die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffen gedanke, und ob er insbesondere bereit sei, eine allgemeine, Arbeiter und Angestellte umfassende reichsgezielte Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich geltend machenden Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfemittel zu ergreifen.

Begründet wurde diese Interpellation durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Silberstein, der einleitend die Bestrebungen schilderte, die hier und da zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit getroffen sind. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Gewährung einer Subvention zur Förderung der städtischen Arbeitslosenunterstützung durch den hiesigen Landtag die erste grundsätzliche Zustimmung eines deutschen Bundesstaates sei. Im übrigen seien auch sonst weitere Kreise allmählich zu der Auffassung gelangt, daß zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit eine gesetzliche Regelung notwendig sei. Die verschiedenen Richtungen in der deutschen Arbeiterbewegung stimmen überein in der Forderung einer reichsgezielten Regelung. Redner verbreitete sich dann an der Hand eines reichhaltigen amtlichen Materials über die Ausdehnung der herrschenden Arbeitslosigkeit. Trotzdem würden noch alljährlich Hunderttausende von Ausländern herangezogen. Die Folge sei, daß, wie auch die Gewerbeinspektoren zugeben müssen, die Einstellungsgrenze des Arbeiters bereits das 40. Lebensjahr ist. Die Zahl der Arbeiter, die im Alter von über 50 Jahren noch beschäftigt werden, sei immer mehr zurückgegangen. Ihre Ursache hätten diese wirtschaftlichen Erscheinungen in der verkehrten Produktionsweise und in der deutschen Wirtschaftspolitik, und ihre Folgen, die noch veridärlt würden durch die herrschenden Leerverhältnisse, zeigten sich in der Zahl der Eigentums-

vergeben, im Geburtenrückgang und in der mangelnden Kauf- und Konsumkraft der Bevölkerung. Deshalb müßten umgehend Maßnahmen zur Linderung der Not getroffen werden durch Beirückung der Zuzugung fremdländischer Arbeitskräfte, durch Kostensenkungen und Regelung der Arbeitsnachweise. Die Hauptsache aber sei die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung, die sehr wohl möglich sei, wie die Verhältnisse in England und in Dänemark deutlich zeigen. Träger der Reichsarbeitslosenversicherung müssen die Arbeiterberufsgenossenschaften sein.

Die Beantwortung der Interpellation hatte der Staatssekretär Dr. Delbrück übernommen, der nur die Schwierigkeiten sah, die der Lösung der Frage entgegenstehen. Zwar habe man schon seit mehreren Jahrzehnten sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Spruchreif ist sie nach dem Herrn Staatssekretär aber immer noch nicht. Wegen der augenblicklichen schlechten Konjunktur dürfe man die Lösung des Problems nicht überstürzen. Die Haupt Schwierigkeiten sieht der Staatssekretär in dem Mangel einer zuverlässigen Statistik, in den Lasten, die den Arbeitgebern durch die Reichsversicherungsordnung und durch die Angestelltenversicherung auferlegt seien und in dem mangelhaften Ausbau der Arbeitsnachweise. Man könne auch nicht Arbeiterorganisationen dadurch fördern, die sich selbst als Kampforganisation bezeichnen. Worin diese Förderung liegt, will uns nicht recht einleuchten. Durch die Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung werden doch die Organisationen nicht gefördert. Sie sollen ja nach wie vor ihren Mitgliedern die ihnen nach dem Statut zukommende Unterstützung gewähren. Seine Ausführungen faßte der Staatssekretär dahin zusammen, daß eine alle Angestellten und Arbeiter umfassende gesetzliche Arbeitslosenversicherung zurzeit noch nicht reif sei. Selbst wenn sich die Schwierigkeiten gegen die Durchführbarkeit einer solchen Versicherung überwinden ließen, so sei daran nicht zu denken, solange nicht Handel, Industrie und Landwirtschaft die neuen Belastungen durch die Reichsversicherungsordnung verarbeitet haben. Zunächst müsse die Arbeitslosenstatistik ausgebaut werden und ein sachgemäßer Ausbau der Arbeitsnachweise erfolgen. Mit anderen Worten: Die Regierung steht der reichsgezielten Regelung der Arbeitslosenversicherung ablehnend gegenüber. Interessant an den Ausführungen des Staatssekretärs war das Zugeständnis, daß England uns in der neuesten Zeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik vorangekommen sei.

In der Besprechung der Interpellation erklärte sich der Zentrumsabgeordnete Giesberts für die reichsgezielte Regelung. Die vorhandenen Schwierigkeiten seien nicht unüberwindlich. Beherrschend war der Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigen soll. Der nationalliberale Redner Dr. Duan erklärte ebenfalls, daß es keineswegs eine Ueberbannung der Sozialpolitik bedeute, unveränderte Arbeitslosigkeit zu lindern. Ihm scheine über die Lösung der Frage durch die Gemeinden der bessere Weg. Ueberaus wirkungsvoll leide der fortschrittliche Abgeordnete Weinhausen die Gründe dar, die seine politischen Freunde veranlassen, in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine dringliche sozialpolitische, volkswirtschaftliche und kulturelle Pflicht zu erblicken. Er ist mit hervorragenden Nationalökonomien der Meinung, daß die Arbeitslosenversicherung das Dach auf dem Gebäude der sozialen Versicherung sein müsse. Der Einwand, daß die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge für die Arbeit-

ter einen Anreiz zur Faulheit bilden würde, sei nicht stichhaltig. Im Gegenteil, die herzubigende Aussicht, daß er auch bei Arbeitslosigkeit nicht zu verzweifeln brauche, werde für den Arbeiter ein Ansporn zu fleißiger Arbeit und zu Sparsamkeit sein. Die unverkennbaren Schwierigkeiten sind auch nach dieses Redners Ansicht keineswegs unüberwindlich. Abg. Weinhausen befuhrwortete warnend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Förderung der inneren Kolonisation, den Ausbau der Arbeitsnachweise, und da die Regierung zunächst doch nicht für die gesetzliche Regelung der Frage zu haben ist, die Einsetzung einer Kommission zur Beratung der ganzen Frage. Die Bemerkung des Staatssekretärs, daß Deutschland auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge hinter England zurückgetreten ist, gab dem Redner Veranlassung zu der Mahnung, daß es unsere Aufgabe sein müsse, auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Spitze zu behalten, und wenn wir die Führung verloren haben, sie wieder zu gewinnen. Die Redner der Konvention und der Reichspartei stehen natürlich der reichsgezielten Arbeitslosenversicherung ablehnend gegenüber. Dagegen sprachen sich die Vertreter der Polen und Schiffer zustimmend aus. Nach längeren Ausführungen des christlich-sozialen Herrn Mumm und einer ausführlichen Widerlegung der Gründe der Gegner, insbesondere des Staatssekretärs, durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Brandes war die Besprechung erledigt.

Beschlüsse können bei der Beratung von Interpellationen nicht gefaßt werden. Infolgedessen wurde auch über die Einsetzung einer besonderen Kommission keine Entscheidung getroffen. Das kann vielleicht durch einen besonderen Antrag noch nachgeholt werden. Im übrigen hat die Debatte einen für die deutsche Arbeiterschaft wenig befriedigenden Ausgang genommen. Im Reichstage selbst würde sich wohl eine städtische Mehrheit für die Regelung der Arbeitslosenfürsorge durch das Reich finden. Die Regierung aber ist nicht dafür zu haben. Das darf aber kein Grund sein, immer und immer wieder die Frage zur Erörterung zu bringen. Auf die Dauer kann sich das Reich der Pflicht nicht entziehen, für die Folgen unvermeideter Arbeitslosigkeit mit einzutreten.

## Betrachtungen

### zum 3. Deutschen Arbeitertage.

Wer die Verhandlungen des 3. Deutschen Arbeitertages aufmerksam verfolgt hat, der muß rein äußerlich betrachtet, zugeben, daß man fleißig dort gearbeitet hat. Auch die Forderungen, auf die man sich schließlich einigte, lassen zum großen Teil an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Es fragt sich nur, ob diejenigen, die zur Durchführung der geäußerten Wünsche mit berufen sind, im Ernstfalle auch Rückgrat genug besitzen. Die Vergangenheit hat uns in dieser Beziehung recht skeptisch gemacht.

Der Kongreß erfreute sich eines starken Besuchs. Die großen Mitgliederzahlen aber, mit denen man namentlich in der christlichen Presse brummt, müssen wesentlich herabgezogen werden, denn ein sehr großer Teil der Mitglieder der vertretenen Organisationen gehört verschiedenen Vereinigungen an; sie sind also doppelt gezählt worden. Reichs- und Staatsbehörden sowie eine Zahl gemeinnütziger Vereinigungen hatten Vertreter entsandt. Auch die politischen Parteien hatten sich eingefunden außer der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Besonders stark war das Zentrum vertreten, aber auch die konser-

bative Partei blieb nicht viel hinter ihm zurück. Eine merkwürdige Erscheinung, wenn man den Zweck der ganzen Veranstaltung etwas näher ins Auge faßt!

Es galt Stellung zu nehmen gegen das Artell der schaffenden Stände. Insbesondere wollte man protestieren gegen die Strömungen, die Sozialpolitik zu hemmen, einen „besseren“ Arbeitswilligenschuß einzuführen, und gegen die Lebensmittelpreuerung. Trotzdem schiedte die konservative Partei, gegen die sich also von Rechts wegen der Kongreß wenden mußte, ein halbes Duzend Vertreter, von denen der eine noch eine feurige Begrüßungsansprache hielt. Denn die Konservativen sind es, denen jeder Ausbau des Arbeiterschutzes ein Greuel ist, die immer und immer wieder mit Anträgen zur Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes und auf Verbot des Streikpostenlebens kommen, die zusammen mit dem Zentrum, die Träger der Wirtschaftspolitik sind, die in der Hauptsache die jetzigen Lenkungsverhältnisse herborgerufen hat. Kann man sich einen größeren Widerspruch denken? Da muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die anwendenden Politiker gar nicht daran glauben, daß es dem Kongreß ernst war mit der Durchführung der von ihm aufgestellten Forderungen.

Und spricht nicht auch der sonstige Verlauf der Tagung für diese Auffassung? Es wurde bewegliche Klage geführt über die Lebensmittelpreuerung, unter der das deutsche Volk und insbesondere die handarbeitende Schicht, zu leiden hat. Alle möglichen Mittel dagegen sind in Vorschlag gebracht worden. Zugegeben wurde, daß auch die Fülle mit zur Vertheuerung der Lebenshaltung beigetragen haben. Anstatt nun einen allmählichen Abbau der Lebensmittelpreise zu fordern, beschränkt man sich darauf, zu verlangen, daß dieselben nicht noch erhöht werden. Das ist alles. Die christlichen Führer, die am Zustandekommen des jetzigen Solltarifs mitgewirkt haben, würden sich ja auch selbst geohrfeigt haben, wenn sie jetzt eine andere Stellung einnahmen.

Als Bundesgenossen im Kampfe gegen den verlangten schärferen Schutz der Arbeitswilligen hatten die christlichen Gewerkschaften zum Kongreß auch die katholischen Fachabteilungen, Sitz Berlin, herangezogen, eine Organisation, die von einem wirklichen Streikrecht nichts wissen will. Darüber haben die Berliner auf dem Arbeiterkongreß auch gar keinen Zweifel gelassen, was ihnen eine gründliche Abfuhr seitens der Christlichen eintrug. Herr Brust ging sogar so weit, daß er die Berliner mit den Gelben verglich und hinzufügte, daß letztere sich noch vorteilhafter von den Berlinern unterschieden. Und mit Leuten, die man selbst so einschätzte, protestiert man gegen die scharfmacherischen Bestrebungen auf Einschränkung des Koalitionsrechts! Nichts als Widerprüch!

Die stürmischen Auftritte, die sich wiederholten, so oft ein Vertreter der Berliner Richtung zum Worte kam, erreichten ihren Höhepunkt, als einer derselben auch die päpstliche Enzyklika „Singulari quadam“ in die Debatte zog, wogegen der Leiter des Kongresses sofort Widerspruch erhob. Aber der Berliner ließ nicht locker, sondern suchte die seiner Richtung günstige Position gehörig für sich auszunutzen. Er führte aus, daß die gemischten christlichen Arbeiterorganisationen für Katholiken bis auf weiteres nur geduldet seien und katholischen Arbeitern der Beitritt zu ihnen nur dann erlaubt sei, wenn diese gemischten Organisationen die ihnen auferlegten Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln beobachteten. Diese Ausführungen wirkten natürlich wie Keulenschläge, und man kann die Erregung verstehen, die bei den Christlichen dadurch hervorgerufen wurde.

Man hatte sich die Sache so schon gedacht. Die scharfen Schläge, die den christlichen Gewerkschaften durch ihr Verhalten beim Bergarbeiterstreik und auch durch die päpstliche Enzyklika beigebracht worden sind, wollte man durch die Veranstaltung etwas mildern, und nun hat man gerade das Gegenteil erreicht. Die Berliner haben den Christlichen einen bösen Streich gespielt. Wie sehr deren Verhalten verschlimmert hat, das ergibt man am besten daraus, daß bei der Wahl zum Ausschuß des Arbeitertages mit ganz überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, den Berlinern künftighin keinen Sitz mehr einzuräumen, ehe sie nicht bezüglich ihrer Stellung zum Streikrecht befriedigende Erklärungen abgegeben haben. Darin erblickten die Berliner eine Vergewaltigung, aber ihre Proteste halfen nichts. Das einzige Zugeständnis, das ihnen gemacht wurde, ist darin zu sehen, daß, wenn befriedigende Erklärungen abgegeben werden, der Ausschuß das Recht haben soll, einen „Berliner“ zu kooptieren.

Wenn man den großen Worten trauen dürfte, die auf dem Kongreß gefallen sind und denen man auch in den Berichten der christlichen Presse begegnet, dann mißte eitel Bönne über den Verlauf im christlichen Lager herrschen. Ob aber die Veranstalter auch im Grunde ihres Herzens so zufrieden sind, das will uns denn doch zweifelhaft erscheinen. Graf Kosakowsky hatte in seiner Begrüßungsansprache lediglich das Lob der christlichen Gewerkschaften gesungen, und auch in einer Resolution des Reichstagsabgeordneten Wiesberts war zum Schluß die Stärkung der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen empfohlen worden. Daraus ergibt sich, daß es sich wirklich um eine Veranstaltung handelte, die nur dem Zwecke diente, Propaganda für die christlichen Gewerkschaften zu machen. Das haben auch die Berliner empfunden und energisch dagegen Protest erhoben. Auch anderer Teilnehmer wird diese Stimmungsmache lediglich zu dem Zweck der christlichen Gewerkschaften unangenehm empfunden haben. Aber wie dem auch sei: Die christlichen Führer, von denen ein großer Teil den Parlamenten angehört, haben jetzt die Aufgabe, die großen Worte, die auf dem Kongreß gefallen sind, in die Tat umzusetzen. Daß sie damit bei denjenigen, die auf dem Kongreß mit Liebesbeteuerungen für die christlichen Gewerkschaften nicht sorgten, nur wenig Anklang finden werden, liegt klar auf der Hand. Im Gegenteil, auf den schärfsten Widerspruch werden sie gerade bei ihnen stoßen. Deshalb sind wir der Ueberzeugung, daß auch der 3. deutsche Arbeitertag so wenig praktische Erfolge zeitigen wird wie seine Vorgänger. Die Arbeiter aber, die sich durch derartige Veranstaltungen über die Sünden ihrer Führer hinwegtäuschen lassen, können einem Leid tun.

### Von der Arbeitsteilung und Beschäftigung minderwertiger Arbeitskräfte.

(Nachdruck vorbehalten).

(Schluß.)

Durch die Vervollkommnung der Maschinen wird die Arbeit vereinfacht, und diese Tatsache ist es, die eine Vermehrung minderwertiger Arbeitskräfte ermöglicht. Eine große Anzahl minderwertiger Arbeitskräfte kann in der Großindustrie mit Massenfertigung deshalb Verwendung finden, weil diese Industrie mit automatisierten Maschinen ausgerüstet ist, die nur mehr Beaufsichtigung und Zuführung des Arbeitsmaterials verlangen, also gar keine technische Geschicklichkeit mehr voraussetzen. So teilt ein Betriebsleiter dem Verfasser mit, daß man die Schraubendreher, die die Automaten bedienen, jeden Tag von der Straße wegholen könne. Durch die Vervollkommnung der maschinellen Einrichtung wird dies ermöglicht, daß statt der gelernten Arbeiter ungelernete und angeleitete Arbeiter (z. B. Fräser, Hobler, Bohrer) und besonders Frauen verwendet werden können. In 4 Wochen sind diese meist angeleitet, und während dieser Zeit erhalten sie auch meist schon Bezahlung. Sobald sie sich die erforderlichen Fertigkeiten angeeignet haben, werden sie im Afford beschäftigt und verdienen dann auch in kurzer Zeit denselben Lohn, wie ihre Mitarbeiter.

Vervollkommnung der Maschine und Arbeitsteilung im Großbetrieb sind die zwei Tatsachen, die die verlangte Arbeitsleistung so vereinfachen, daß jeder gelernte Arbeiter nach kurzer Uebergangszeit wirtschaftlich beschäftigt werden kann und ferner, daß vielfach statt gelernter Arbeiter angeleitete Arbeiter und Frauen wirtschaftliche Beschäftigung finden können.

An der Hand zweier eingehender Untersuchungen über die Arbeiterverhältnisse in der Berliner Feinmechanik (Entlohnungsmethoden und Arbeiter-schicksale in der Berliner Feinmechanik) hat der Verfasser zum erstenmal betont, daß ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen der Arbeitsteilung des Klein- und Mittelbetriebes und der des Großbetriebes. Die betriebstechnische Arbeitsteilung des Großbetriebes geht bis auf die einzelnen Arbeitsstationen (die Betriebstechniker sagen: Arbeitselemente) herab, z. B.: Eine Telefonlinse besteht aus einem von verschiedenen parallelen Löchern durchbohrten kleinen Brettchen aus Hartgummi. In dieses Brettchen sind Röhren einzuziehen, denen die Ralen umzubiegen und Federn durchzuziehen sind. Früher machte dies eine Arbeiterin in der geschuldeten Weise nachdenklich. Als aber die drei Arbeitselemente: Röhreneinzeln, Ralenumbiegen und Federeineziehen in drei Afforden an drei verschiedene Arbeiterinnen vergeben wurde, da erzielte man eine weitestgehende Kostenersparnis. Ein solches Hinabgehen bis auf die letzten Arbeitsstationen ist für den Klein- und Mittelbetrieb unmöglich, weil ihm die Massenproduktion fehlt. „Es hat keinen Sinn, einen Arbeiter in einer halben Stunde

12 Teile fräsen zu lassen, um ihn in den nächsten Stunden zugleich an 60 anderen Teilen Löcher bohren zu lassen. Der Mittelbetrieb hat nicht so viel Arbeit zu vergeben, um seine Arbeiter regelmäßig mit der einfachsten Arbeitsoveration, mit der Wirkung beschäftigten zu lassen, daß sie durch immerwährende Wiederholung dieser einfachsten Arbeitsoveration eine ohne diese unerreichte Fertigkeit erlangen.“

Es hat aber auch die Folge, daß vom Durchschnittsarbeiter des Großbetriebes nicht eine möglichst vollständige und einseitige handwerksmäßige, technische Fertigkeit, sondern ausschließlich die Befähigung verlangt wird, durch die auf die Spitze getriebene Ausbildung einer engebegrenzten, einseitigen Fertigkeit in gegebener Zeit die größte Zahl von Produkten herzustellen. Verlangt wird von gelernten Arbeiter eine große Präzision der Arbeit sowie die Fähigkeit, auch quantitativ ein großes Maß von Arbeit zu leisten. Ist diese Doppelfähigkeit einmal erlangt, so ist der Uebergang von einem Beruf zum andern und von einer Industrie zur anderen nicht allzu schwer, weil der Umfang der erforderlichen Kenntnisse und Geschicklichkeiten engebegrenzt ist. Der gelernte Arbeiter wird leichter erziehbar, aber seine berufliche Bewegungskraft wird größer: er kann in mehr Zweigen der Industrie unterkommen.

Im Großbetriebe werden viele Arbeiten, die im Klein- und Mittelbetrieb von gelernten Arbeitern verrichtet werden, von sogenannten an- und ungelerten Arbeitern und Frauen hergestellt. So wird die Arbeit vereinfacht.

Aus dieser Tatsache heraus folgert der Verfasser, daß auch unter den gelernten Arbeitern solche Arbeiter im Großbetriebe noch brauchbar sind, die für den Klein- und Mittelbetrieb mit seinen vielfachen technischen Anforderungen wegen geringer Geschicklichkeit schon nicht mehr verwendet werden können. Dabei geht das Bestreben dahin, das Arbeitsgebiet der gelernten Arbeiter durch Vervollkommnung der Maschinen zugunsten der angeleiteten Arbeiter und Frauen auszuweiden. Daraus folgt, daß alle unter die Räder gekommenen Handwerker, die bei der Umwälzung unseres Uebergangsalters nicht mehr mitkommen können, als un- und ungelernete Arbeiter im Großbetrieb immer noch unter günstigeren Bedingungen als im Handwerk ihr Brot finden. Die gelernten Arbeiter, die wegen ungenügender technischer Fertigkeiten vom Klein- und Mittelbetrieb abgeloht werden, aber in demselben Beruf bleiben, sind den einseitigen Anforderungen des Großbetriebes an die technischen Fertigkeiten immer noch gewachsen.

Eine andere Klasse minderwertiger Arbeitskräfte sind die moralisch oder physisch minderwertigen, wozu auch die chronisch intermittierenden Alkoholiker gehören. Sie tun in keinem Betriebe lange gut. Von Zeit zu Zeit bekommen sie den Kappel und laufen davon. Von ihnen nimmt Dr. Seitz an, daß das soziale Schwergewicht des Großbetriebes, das Bewußtsein, ein Teil einer großen Betriebsgesellschaft zu sein, das Beispiel der übrigen Arbeiter und die strenge, eiserne Disziplin dieser Betriebe wohl geeignet sind, sie längere Zeit bei geregelter Arbeit festzuhalten, als dies bei den laxeren Betriebsverhältnissen des handwerklichen Betriebes der Fall ist.

Durch eine gründliche Untersuchung des Betriebs- und Berufswechsels glaubt es Seitz als wahrscheinlich nachzuweisen zu haben, daß der Großbetrieb tatsächlich beiderseits in beachtenswertem Umfange minderwertige Arbeiter in dem hier geschilderten Sinne beschäftigt. So findet man an den Automaten für die Herstellung von Schrauben, wozu bloß Zutritt von Material verlangt wird, frühere landwirtschaftliche Tagelöhner, Guttmacher, Schlächter, Bäcker, Friseur u. w. beschäftigt. Man sieht hier alle Arbeiten des alten, zurückgebliebenen Mittelstandes vertreten; aber auch die gelernten Arbeiter wechseln nicht bloß den Betrieb, sondern auch den Beruf. Ein gelernter Drechsler geht z. B. zum Metalldreher über, ein Schlosser zur feinmechanischen Arbeit, häufiger noch zum Beruf des Werkzeugmachers. Auch Feinmechaniker spezialisieren sich zu Werkzeugmachern. Wie leicht der Betriebswechsel ist, zeigt folgendes Beispiel: Ein gelernter Uhrmacher geht als Feinmechaniker in einen optischen Betrieb, der sich gerade vom größeren Mittelbetrieb zum Großbetrieb fortentwickelt; dann ist er in einem Spezialgeschäft für Telephone tätig, hierauf in einer Lagarameter- und Phonographenfabrik und später in einer Gasglühlichtfabrik; nachdem er wieder in die Telefonfabrik zurückgekehrt ist, verläßt er wieder seinen Arbeitsplatz mit der optischen Fabrik. In so zahlreicher Weise werden Beispiele angeführt, daß sie überzeugend wirken.



Auf die Bettler- und Landstreicher- oder Armenstatistik zurückzugreifen, um festzustellen, ob sich durch diesen Vorgang die Beschäftigungslosigkeit der Winderwertigen vermindert hat, lehnt der mehrfach erwähnte Verfasser mit Recht ab. Denn die Grundzüge der Armenpflege und der Polizei in der Behandlung jener Schichten haben fortwährend gewechselt, so daß man nicht sagen kann, wieviel eines etwaigen Rückganges dieses sozialen Zeitgits auf Rechnung der im allgemeinen verschärften Grundzüge kommt und wieviel auf die tatsächliche Arbeitsbeschaffung durch den Großbetrieb. Dagegen gibt die Berechnung des Verhältnisses der ungelerten Arbeiter zur Gesamtzahl zweier so verschiedener Betriebe wie die Maschinenfabrik von Ludwig Loewe u. Co. und des Bernerwerkes in Berlin einen Anhalt, die Zahl dieser Arbeiter wenigstens annähernd zu bestimmen; die Regie, die un- und angelernten Arbeiter schätzt Heiß auf etwa ein Drittel der in Großbetrieben Berlins beschäftigten Arbeiter. Allein für Preußen kämen dabei 700 000 bis 800 000 Arbeiter zusammen, die der Großbetrieb in der angegebenen Weise beschäftigen könnte.

Natürlicherweise werden die minderwertigen Arbeitskräfte von einem Rückgang des Geschäftslbens eher betroffen als die tüchtigeren gelernt. Bei sinkender Konjunktur werden fast durchweg die ungelerten Arbeiter und Frauen zuerst entlassen. Unter solchen Verhältnissen vollzieht sich ein Ausleseprozeß zumungunsten der weniger tüchtigen und weniger leistungsfähigen Arbeiter. Bekanntlich ist aber der Geschäftsgang in den einzelnen Industrien verschieden. So ist auch noch bei rückgängiger Konjunktur die Möglichkeit vorhanden, daß in unserem Sinne minderwertige Arbeitskräfte in anderen Großbetrieben beschäftigt werden können.

Es hat uns die Arbeitsteilung auch ihr Nützliches gebracht. Sie hat vernichtet, aber sie hat auch aufgebaut. Mancher, der früher verarmt, kann sich heute leichter durchschlagen. Daß der Großbetrieb an sich geeignet ist, auch sonst weniger brauchbare Personen mit Nutzen zu beschäftigen, liegt in seinem inneren Wesen. Möglich gemacht wird dies durch die Arbeitsteilung. Wir möchten hoffen, daß sie, die so manches Uebel gebracht hat, noch mehr zum Segen der Gesellschaft umschlägt, als hier angedeutet werden konnte. Ht.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 9. Dezember 1913.

**Aus dem Reichstage.** Nach Abschluß der Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichtet, beschickte sich der Reichstag am Sonntagabend mit der von uns bereits erwähnten konservativen Interpellation, betreffend die Sinausschiebung des Inkrafttretens der Dienftboten - Krankenversicherung. Aus der Rede des konservativen Vorsitzers klang deutlich das Mißfallen über die Krankenversicherung der Landarbeiter heraus. Für das Sinausschieben des Geltungsbeginns äußerte er sich auf die Gründe, die von einigen rüchständigen Berliner Hausfrauenvereinen gegen die Dienftbotenversicherung geltend gemacht worden sind. Nach Ansicht des Herrn sind die angeblichen Schwierigkeiten, die sich jetzt herausstellen, ein Beweis dafür, daß die Reichsversicherungsordnung überreift worden ist. Man solle den Gedanken der Zwangsversicherung überhaupt nicht überkippen und sich in sozialpolitischen Dingen Einschränkungen auferlegen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erteilte dem Herrn eine zwar köstliche, aber nichtsdestoweniger recht deutliche Antwort. Die angeblichen Schwierigkeiten führte er auf das geübende Maß zurück; außerdem habe man 2½ Jahre seit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung Zeit gehabt, sich auf den neuen Zustand vorzubereiten. Von einer Verschiebung des Inkrafttretens der Krankenversicherung über den 1. Januar 1914 könne absolut keine Rede sein. Bemerkenswert ist, daß der Staatssekretär auch den Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen kurz erwähnte. Er ging jedoch auf die Angelegenheit, die er gelegentlich der Beratung seines Etats näher erörtern will, nicht näher ein. Die Hoffnung, daß schließlich doch noch eine Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen zustande kommt, hat der Staatssekretär noch nicht aufgegeben; er riet aber dem Reichstage, noch keine Partei zu nehmen. In der Diskussion kamen nur zwei Redner zu Worte, die dem konservativen Redner energisch entgegen-traten. Dann wurde die Debatte vertagt. Daß sie in abschbarer Zeit wieder aufgenommen wird, ist nicht zu erwarten. Jedenfalls wird die Dienftbotenversicherung eher in Kraft treten.

**Seinen 50. Geburtstag** feiert an diesem Donnerstag unser Verbandsvorsteher, Kollege Goldschmidt. Er ist am 11. Dezember 1863 zu Görbe i. B. geboren. Im Jahre 1890 übernahm er die Redaktion des „Gewerkschein“ und seit 1907 bekleidet er das höchste Amt, das unsere Organisation zu vergeben hat, das des Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine. Kollege Goldschmidt kann auf eine an Arbeit und Erfolgen reiche öffentliche Tätigkeit zurückblicken. Möge er sich auch fernerhin einer guten Gesundheit erfreuen und ihm beiseite sein, zu sehen, daß die von den Deutschen Gewerksvereinen vertretenen Ideen ein immer größeres Heer von Anhängern in der deutschen Arbeiterschaft gewinnen.

**Die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge** hat vergangene Woche die Stadt Heidelberg beschloffen. Nach längeren Vorbereitungen in einer sozialpolitischen Kommission hat die Stadtvertretung endgültig ihre Entscheidung dahin getroffen, diese Arbeitslosenversicherung nach dem Muster der Nachbarstadt Mannheim zu gestalten. Der Widerstand gegen diesen Plan war überaus groß. Bei der prinzipiellen Abstimmung über die Einführung wurden 54 Stimmen für und 54 Stimmen dagegen abgegeben. Dadurch, daß der Bürgermeister Dr. Walz ebenfalls dafür stimmte, wurde die Vorlage angenommen. Dafür stimmten die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, die Sozialdemokratie und das Zentrum.

**Volksefürsorge kontra Volkoversicherung.** Die „Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Volksefürsorge“ in Somburg hat gegen die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ beim Landgericht II in Berlin Klage angebracht. Diese gründet sich darauf, daß die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ in verschiedenen Nummern die Behauptung aufgestellt hat, bei der „Volksefürsorge“ würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen müssen, der Sozialdemokratie einen neuen starken Kriegsschlag im Kampfe gegen den Gegenwartsstaat zu ickaffen. Die Klägerin verlangt nach § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Unterjagung dieser Behauptung und der weiteren Verbreitung der betreffenden Flugblätter. Die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ wird Abweimung der Klage beantragen. Der Verhandlungstermin ist auf den 22. Dezember angesetzt worden.

**Arbeiterbewegung.** In Berlin befinden sich die Schöpfer in einer Tarifbewegung. Gefordert wird in der Hauptsache eine Lohnerhöhung, Begahlung der Ertragsarbeiten, Beteiligung der Heimarbeit durch Errichtung von Betriebswerkstätten und eine zweijährige Tarifdauer. Zur Durchföhrung der Forderungen ist eine Kommission gewählt worden. Der endgültige Beschluß über die Mündigung des Tarifs soll im Januar gefaßt werden. — Die Firma Luinga in Strausberg, bei der wegen erheblicher Lohnabzüge die Schöpfer in den Streik getreten sind, bemüht sich, aus Berlin und auch aus anderen Orten Arbeitswillige heranzuziehen. Es darf wohl erwartet werden, daß kein Arbeiter den Lockungen dieser Firma folgt. — In Biersen sind bei der Firma Gebr. Hamm und Anton Hamm die Goldarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Es haben mehrfach Verhandlungen stattgefunden müssen, da die Firma Anton Hamm anfangs jedes Entgegenkommen rundweg ablehnte. Den Bemühungen des Bezirksleiters der Maschinenbauer, Kollegen Adlung, ist es aber schließlich gelungen, die Firma zu Zugeständnissen zu bewegen, und schließlich erklärten sich beide Firmen bereit, den Stundenlohn um 3 Pf. zu erhöhen und auch die sonstigen Wünsche auf Anerkennung des Arbeiterausschusses und Schaffung besserer Ventilation zu erfüllen.

**Der Streik der Lokomotivführer und Heizer auf den Bahnen von Südbahales**, der auf die Entlassung zweier Lokomotivführer zurückzuführen war, weil sie sich weigerten, Dubliner Streikwaren zu befördern, hatte in wenigen Tagen einen großen Umfang angenommen. Die Organisationsleitung billigte den wilden Streik nicht und bemühte sich eifrig, den Frieden wiederherzustellen. Das ist auch gelungen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, ohne daß die Veranstalter der Bewegung wieder eingestuft worden sind.

**Gegen die scharfmacherischen Bestrebungen auf Verschlechterung des Koalitionsrechts** wendet

sich in einem „Der Schutz der Arbeitswilligen und die Industrie“ überschriebenen Aufsatz in der „Frankf. Ztg.“ der bekannte Dr. Schomerus. Seine Ausführungen verdienen umso größere Beachtung, weil der Verfasser selbst Unternehmer und als Direktor der Zeiß-Werke in Jena mitten im praktischen Leben steht. Mit aller Entschiedenheit wendet sich Dr. Schomerus gegen die Rufer im Streit, als welche er die Beauftragten der Unternehmerverbände, die Vertreter von Industriellen, ansieht, die selbst organisiert sind, den Wert des beruflichen Zusammenklusses kennen und nicht gar zu zümpelnd mit denen umzugehen pflegen, die ein Duffiber-Leben dem Gebundensein vorziehen. Deshalb, so fragt er, wird einseitig nur der vermehrte Schutz der nichtorganisierten Arbeiter, weshalb nicht auch der Schutz der unorganisierten, nicht fortellierten Unternehmer, der unorganisierten Ärzte, Zahnärzte usw. verlangt? Weshalb wird nicht der Schutz derjenigen Arbeitswilligen gefordert, die durch schwarze Listen und gegenseitige Verständigung der Arbeitgeber von den Werken, von Arbeit und Brot ferngehalten werden?

Einer reiflichen Ueberlegung halten die Forderungen nach vermehrtem Arbeitswilligenchutz nicht stand. Die geltenden Gesetze reichen vollständig aus. Andererseits gibt es eine Art Organisationszwang, gegen den weder der Strafnoch der Züchtlicher etwas ausrichten kann. Dr. Schomerus hat dabei die Fälle im Auge, wo ein Arbeiter neu in einen Betrieb eintritt und von den „Genossen“ zum Eintritt in den Verband veranlaßt wird. Wenn er sich weigert, so läßt man ihn links liegen, hilft ihm nicht über die Schwierigkeiten des Anfängertums hinweg, gibt ihm keine Fingerzeige für die Bedienung der Maschinen und Handhabung der Werkzeuge, ist ihm in keiner Weise behilflich, kurzum, man verhält sich ihm gegenüber rein passiv. In der Mehrzahl der Fälle wird durch diese Behandlung der neuingetretene Arbeiter müde, und namentlich, wenn er dann noch geärgert, aufgezoogen, lächerlich gemacht wird, tritt er zum Verbands über. Daerem läßt sich nichts tun. Das ist aber gar nicht der Terrorismus, von dem die Scharfmacherpresse soviel Aufhebers macht. Gerade dieser Kleintrieb in der Werkstatt kann geistlich nicht getroffen werden. Gegen diese Art des Terrorismus appelliert der Verfasser an die sittlichen Kräfte im Volke, und er hegt das Vertrauen.

„Daß die Toleranz, die Achtung vor der Persönlichkeit und Ueberzeugung des Nebenmenschen durch nachhaltige Erziehung wieder mehr Raum gewinnen auch in dem Denken derer, denen „ihre Organisation“ jetzt noch fast alles ist. Soll aber der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter vor der Ueberzeugung des liberalen oder christlichen Arbeiters größere Achtung gewinnen, so ist noch vornehmlich, daß dieser mit mehr Selbstbewußtsein und Nachdruck seine Ueberzeugung bekundet und für sie eintritt, als dies jetzt vielfach der Fall ist. Dem überzeugungstreuen Verbändler wird der überzeugungstreue, mutige Kirch-Wunderliche und Christliche auf die Dauer Respekt und Anerkennung abnötigen, ein Wackeln jedoch niemals. Also Erziehung zur Toleranz und die Selbsthilfe, niemals aber neue starke Gesetze können eingeriffene Uble Genossenschaften im Verkehr der Arbeiter miteinander beseitigen.“

Das trifft voll und ganz zu. Wer seinem Gegner mit guten Gründen entgegengetreten kann, mer zeigt, daß er aus voller Ueberzeugung Gewerksvereiner ist, der hat in der Regel auch Ruhe vor den „Genossen“. Deshalb darf in der Tat die Aufklärungsarbeit nicht ruhen. Durch die Presse und durch Diskutierclubs müssen unsere Kollegen so geschult werden, daß sie gegen alle Angriffe der Verbändler und anderer Gegner gerüstet sind. Auf der anderen Seite wird die Erziehung zur Toleranz allerdings noch langer Zeit bedürfen, bis die „Genossen“ soweit sind, daß sie auch im andersorganisierten Arbeiter einen gleichberechtigten Kollegen sehen.

Die 498. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr, im Büroraal des Rathauses statt. Herr Otto Montau wird eine Vorlesung von Fern. Sadermanns humoristischer Novelle „Nolanthes Hochzeit“ halten. Diese Vorlesung, die im vergangenen Winter ausfallen mußte, wird diesmal bestimmt stattfinden.

Die 4. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Neuen Opertheater (Kroll) statt. Zur Aufföhrung gelangt „Violetta“, Oper von Bizet, Musik von G. Verdi. — Der Billeterverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen. (Geschäfts- und Auskunftsstelle: Klosterstr. 80/2.)

